

In besonderem Maße werden die Auswirkungen des Vertrages auf Europa spürbar sein. Mit der nun vereinbarten Vernichtung zweier Raketenkategorien wird einer gefährlichen Entwicklung, die in den 80er Jahren die nukleare Konfrontation in Europa verschärfte, Einhalt geboten.

Die DDR gehört bekanntlich zu den 9 Staaten, aus denen laut Abkommen nukleare Waffen entfernt werden. Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß die Stationierung zusätzlicher Kernwaffen in West und Ost bei uns keine Freude ausgelöst hat. Um so mehr Dank und Anerkennung zollen wir heute allen, die mit Realitätssinn und Kompromißbereitschaft dieses Abkommen in langwierigen, oft komplizierten, aber letztlich doch erfolgreichen Verhandlungen erreicht haben. Die Anstrengungen der Sowjetunion, die in einer konstruktiven Linie von Genf über Reykjavik bis zum jetzigen Vertragsabschluß in Washington geführt haben, fanden stets unsere volle Unterstützung und unseren aktiven Beitrag.

Der sowjetisch-amerikanische Vertrag vom 8. Dezember 1987 ist das erste nukleare Abrüstungsabkommen; und wir sind dafür, daß es ein Durchbruch zu weiteren tiefgreifenden Abrüstungsschritten wird. Ich beziehe das vor allem auf eine 50prozentige Reduzierung der strategischen Offensivwaffen bei Beibehaltung des ABM-Vertrages, auf das Verbot der nuklearen Tests und der chemischen Waffen.

Das Abkommen von Washington und seine strikte Verwirklichung kann insbesondere in Europa die strategische Situation zum Guten wenden. Es verbessern sich die Voraussetzungen dafür, die Abrüstung auf weitere Felder auszuweiten - die taktischen Kernwaffen abzubauen, die konventionellen Streitkräfte und Rüstungen drastisch zu reduzieren, einen kernwaffenfreien Korridor beziehungsweise eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa zu errichten, Maßnahmen zur Verhinderung von Überraschungsangriffen zu vereinbaren.

Die DDR ist bereit, zu all diesen Fragen den konstruktiven Meinungsaustausch und die Suche nach Lösungen weiterzuführen, die niemandes Sicherheit beeinträchtigen und der gleichberechtigten friedlichen Zusammenarbeit in der europäischen Politik den Vorrang geben. Sie weiß sich in diesem Bemühen einig mit ihren Freunden und Verbündeten.

Erich Honecker
Generalsekretär des Zentralkomitees
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
und Vorsitzender des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin, den 9. Dezember 1987